

Bezugs-Preis

In der Monatshefte oder deren Ausgabe...
Abgabe: vierteljährlich 4 M., halbjährlich 8 M., jährlich 16 M. Durch die Post bezogen für Deutschland 4 M., für den Ausland 4 M. 50 Pf., für die übrigen Länder laut Preisverzeichnis.

Redaktion und Expedition:

Leipzig:
Johannisstraße 8,
Bismarckplatz 10 und 12.
Verlagsanstalt:
Karl Dunder, Verlags- und Druckerei-Gesellschaft,
Bismarckplatz 14, u. Königstr. 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Dresden:
Görlitzer Straße 4,
Bismarckplatz 1 Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:

Berlin:
Carl Dunder, Verlags- und Druckerei-Gesellschaft,
Bismarckplatz 10,
Bismarckplatz 14 Nr. 4003.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

**Amtsblatt des königlichen Land- und des königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.**

Nr. 57.

Sonntag den 1. Februar 1903.

97. Jahrgang.

Aus der Woche.

Der Geburtstag des Kaisers ist im Reich und von den Deutschen des Auslandes in derselben Weise wie früher festlich begangen worden. Die Reichstagsverhandlungen, deren Mittelpunkt der Kaiser gewesen war, lagen nach so nahe, daß naturgemäß auch in den Betrachtungen über Kaisers Geburtstag die Kritik einen breiten Raum einnahm. Aber trotzdem ist die allgemeine Sympathie für die Persönlichkeit des Monarchen lebhaft zum Ausdruck gelangt. Mit unverkennbarer Wärme hat man in Tischgesprächen dieses Mal des Kaisers gedacht. Er trachte in unsere Gauen den Frühling einer freierlichen Zeit, rühmte, dankbar wegen der Aufhebung des Diktatorparagrafen, selbst der literarische „Eisige Volksbote“, um hinzuzufügen: „Wer so an unserem Volke handelt, darf seiner Unwissenheit und seinen Pflichtvergessenheit sicher sein.“ Wegen der Taten der Kaiserhofkammer dieses Wortes entsprechen! In diesem Gegensatz zu der patriotischen Stimme aus den Reichsländern standen die Kundgebungen der „Eisigen Volksboten“, die Organe des braunschweigischen wie des hannoverschen Volkstums waren einhellig in dem Bemühen, auch den Geburtstag des Kaisers als Gelegenheit zur Agitation für die Wiederherstellung des Königreiches Hannover zu benutzen. Das hannoversche Volksblatt vertritt sich nach klumpen Schmeicheleien wegen der Beilegung eines angeblichen Major domus-tums durch den Kaiser zu der Behauptung: „Er (Kaiser Wilhelm II.) konnte dem Kaiserwiderstand Siegfried gleichen, wenn er den Dämon des Unrechts besiegte und das geordnete Legitimitätsprinzip wieder in alter Herrlichkeit aufrechtste.“ — Das das Volkstum „geordnetes Legitimitätsprinzip“ nennt, ist in der geschichtlichen Wirklichkeit parteilichste Eigenheit und Postulat gewesen. Die Aufforderung, durch die Verlebung dieses „Einwurms“ der deutschen Geschichte ein Kaiserwiderstand zu werden, kann in solchem Maße nicht überraschen.

Die vom Kaiser an seinem Geburtstag erlassenen Auszeichnungen liefern zum Teil der Kritik neues Material. Vor allem mußte die Berufung des Grafen Ballestrem ins Herrenhaus zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt nicht wenig befremden. Denn selbstverständlich hat man hierin eine Belohnung dafür erblicken wollen, daß Graf Ballestrem die parlamentarische Erdichtung der Kaiserreden von Halle Stupp anfangs verweigert, oder man sah die Auszeichnung als eine Belohnung für das Verhalten des Grafen Ballestrem in Sachen des Antrages Kardorff auf. Die offiziellen Versicherungen, daß die Berufung des Reichstagspräsidenten ins Herrenhaus lange vor dem Antrage Kardorff eine beschlossene Sache gewesen sei, vermögten nicht die Meinung derer zu entzweien, die zum mindesten einem Aufschub der für den Grafen Ballestrem bereit gehaltenen Auszeichnung das Wort redeten. Hat man diesen Aufschub nicht eintreten lassen, so geschah dies vielleicht in der Hoffnung, daß die einem Manne des Zentrums erweisene Ehre festhalten auf den Parteitag des dortigen Zentrums wirken werde. Sollte eine solche Rechnung angelegt werden sein, dann konnte sie bereits als tragisch erkannt werden. Anlaß zur Kritik bot in jener Linie die Verleihung des Ordens pour le mérite an den „Fittig“. Möglich, daß eine herartige, bei uns bisher nicht übliche Maßnahme den Ehrgeiz in der Marine anspornt. Aber der Gesichtspunkt, daß die fragliche Verleihung auf die Weizsäcker hinzieht, die Beschlüsse der Gegenwart gewissermaßen durch ein Bergedierungsmaß zu leben, wird manchem einleuchten. Hinzu kommt die Erwägung, ob es ratsam sei, der schlichten Pflichtenfüllung den Charakter des Selbstherrlichen zu nehmen. Im altpreussischen und im altösterreichischen Sinne dürfte die Antwort hierauf verneinend lauten.

Habemus Papam! Die ballestremlose, die scharflichte Zeit ist nach knapp achtzigjähriger Dauer wieder: mit 195 gegen 80 Stimmen wurde der Graf zum Reichstagspräsidenten, wie erwartet, wieder gewählt und die Wiederwahl ist, wie gleichfalls von Anfang an sicher schien, angenommen worden. Besonders hoch kann Graf Ballestrem für seine Person auf diesen Wahlausfall nicht sein, da die gesamte Kaste gegen ihn gestimmt hat. Politisch aber sind Wahlergebnis und Annahme der Wahl nicht verwunderlich, da politisch ja alles beim Alten blieb. Döll hat den pöbeligen Bericht des Grafen Ballestrem auf das Präsidium neben sein Verhalten gegenüber dem Abg. Sebel, der scharflos am Kaiser eine zum Teil ausfallende Kritik über den Kaiser, dann kann man sich den Eindruck nicht erwehren, daß Graf Ballestrem für die Neuwahl auf mehr Stimmen von der Linken hoffte, als er erhalten hat.

Die Aussicht auf ein Gesetz zur Sicherung des Wahlgeheimnisses hat die Konservativen gegen die Regierung in Darmstadt gebracht. Nicht bloß die Partei der konservativen Partei, sondern die „Kreuzzeitung“ und die partizipantische „Konfession“

Korrespondenz, sondern auch ihre parlamentarische Vertretung bringen diese Vermittlung je länger je stärker zum Ausdruck. Bei der Stabsdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus führen die Herren von Wangenheim und von Oldenburg scharfe Kritik gegen die Regierung wegen der Handels- und der Sozialpolitik auf. Als auch der Bundesdirektor Dr. Dahn in dieser Rede schlag, geriet der Landwirtschaftsminister von Vobbekei berat in Wollung, daß er das Tischgespräch zwischen sich und dem Bunde der Landwirte nunmehr für geschnitten erklärte. Zu dem Entschlusse, diese Operation als wählbar zu betrachten, hat Herr von Vobbekei mehrfach viel Zeit gebraucht. Und merkwürdig genug ist auch die Unterfertigung, die der preussische Landwirtschaftsminister zwischen parlamentarischen und anderen Reden macht: außerhalb des hohen Hauses gegen die Regierung gerichtete extreme agrarische Angriffe nimmt Herr von Vobbekei auf die leichte Achsel. Darin widerspricht er sich zu seinem Nachteil von dem altbürgerlichen Staatsminister von Helldorf, der dem kaiserlichen Reichstagsabgeordneten Kammerherren von Bildau in einer Altenburger Wählerversammlung sehr entschieden mit dem Erfolg entgegentrat, daß die Reichstagskandidatur Bildau nicht mehr in Frage steht. Es fragt sich nun, ob Herr v. Vobbekei als Tischgesprächspartner und Herr v. Helldorf als offener Bekämpfer kaiserlicher Wahlaspirationen Nachfolger sowohl in Preußen, als auch in anderen Bundesstaaten haben werden. Sollte das nicht der Fall sein, so würde bei der kaiserlichen Wählerei gegen die abweisenden neuen Parteiverträge und bei der Regierung der Konservativen, sich ihre Haltung von den Bundesleitern vordrängen zu lassen, die Gefahr eines Ausfalls der Reichstagswahlen nahe gerückt, der die Hoffnungen aller besonnenen Industriellen und Landwirte auf das Handelskommen langfristiger Handelsverträge zu nichte machen müßte.

Die Erklärungen, die der preussische Minister des Innern in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses über den Fall des Landrats von Willig abgegeben hat, sind ungenügend und erheben die Pflicht, eine gründliche Aufklärung über einseitigen Berichtsstoffe herbeizuführen. Um eine solche Aufklärung kommt die preussische Regierung keinesfalls herum. Von „Wandermentum“ der Ostmark hat man schon manches Stilllein gehört; stellt es sich aber als tatsächlich heraus, daß dieses Wandermentum zum schweren Schaden eines wahrhaften Betreters des Staats in den Dienst kaiserlicher Interessen trat, dann muß der Hof nach einem eifrigeren Wesen zur Verwendung gegen das Wandermentum auf das rücksichtslosste erhoben werden.

Deutsches Reich.

Berlin, 31. Januar. (Die Lehre der Reichstagswahl in Schlesien.) Wenn auch die nationalliberale Partei bei der Reichstagswahl in Schlesien nicht in die Stichwahl gelangt ist, so ist sie es doch nicht, die am meisten Grund hat, das Wahlergebnis zu bedauern. Ihr Kandidat hat zwar erheblich weniger Stimmen bekommen, als der freikonservative Bewerber im Jahre 1898, aber andererseits doch erheblich mehr, als der reichsparteiliche Kandidat bei den Wahlen 1893. Dabei waren im Jahre 1898 keine weiter nach rechts stehenden Bewerber angetreten, während diesmal die kaiserlich-antiliberalen Kandidaten etwa 3000 Stimmen entzogen. Die Nationalliberalen sind also mit Ehren aus dem Kampfe herausgegangen. Anders die Wähler und die Antiliberalen. Zunächst steht ihr Kandidat erst an der 4. Stelle und dies in einem Wahlkreise, der laut der amtlichen Statistik bei den letzten allgemeinen Wahlen unter etwa 20000 Wahlberechtigten nahezu 20000, also unter fünf Fünfteln hatte, die in Orten von weniger als 2000 Einwohnern, also auf dem Lande lebten. Nicht man von den auf den bürgerlich-antiliberalen Bewerber gefallen Stimmen die in den Städten des Wahlkreises abgegebenen Stimmen ab, so haben von 20000 ländlichen Wahlberechtigten kaum 3000 ihre Stimme einem kaiserlich-antiliberalen Bewerber gegeben, so daß in diesem Wahlkreise auf dem Lande die Antiliberalen und die Sozialdemokraten besser abgekommen haben, als der Bund der Landwirte. Der Bund hat sich also mit der von ihm unterstützten antiliberalen Kandidatur lediglich ein Armutszeugnis geholt. Zum zweiten hat er aber durch die Sonderkandidatur des Grafen Reventlow das glückliche Scheitern erreicht, daß zwei Männer in die Stichwahl gekommen sind, die beide Gegner jeder, auch der geringsten Erhöhung der Lebensmittelpreise sind. Ohne die Kandidatur Reventlow hätte der nationalliberale, für Erhöhung der Zölle — wenn auch nicht in dem von Bunde gewünschten Umfange — einsetzende Kandidat mit etwa 9000 Stimmen an der Spitze der Bewerber gestanden. Das ist der Erfolg der „kaiserlichen Selbsthändigkeit“.

Berlin, 31. Januar. (Sachliche Statistik.) Als Herr Pörsner Wacker neulich auf der Statistiker-Zentralsammlung sich für ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie aussprach, aber nur unter „Bedingungen“, konnte man glauben, daß diese Bedingungen sich an die Personen der Kandidaten der anderen bürgerlichen Parteien richten sollten. Aber nein, Herr Wacker ist freng „sachlich“, er kümmert sich weniger um die Personen, als um die Vorzüge, die für das Zentrum dabei herausbringen sollen. Dies ergibt sich aus dem von der „Allg. Volks-

zeitung“ veröffentlichten Wortlaut seiner Rede. Herr Wacker sagte u. a.: „Wäre man nun die Hinderer mitte, die bisher einem Zusammengehen der bürgerlichen Parteien noch entgegengetreten, beseligten. Diesen Appell richtet sich nicht nur an die Parteien, sondern auch an die Regierung. Man wird erwarten dürfen, daß gerade von dieser Stelle etwas geschehen wird, um das Zentrum aus dem Zusammengehen mit anderen Parteien, speziell auch mit den Nationalliberalen, zu ermutigen.“ Diese Sprache ist ja ziemlich deutlich, aber um sie auch dem Schwerhörigen unter allen Umständen verständlich zu machen, liefert die „Allg. Volkszeitung“ folgenden Kommentar: „Für die bürgerliche Regierung spielt sich die Frage unerwähnt auf die Frage zu: Sind die Reichsfordernungen des katholischen Volkstums oder sind die Fortschritte der Revolutionärspartei im Lande staatsgefährlich?“ Das heißt also: will die Regierung alle katholischen Reichsfordernungen bewilligen, so sollen nationalliberale Kandidaten, insbesondere auch in der bürgerlichen Landtagskandidatur, unterhütet werden; will sie dies nicht tun, so will das Zentrum den Fortschritten der Revolutionärspartei keine Hindernisse in den Weg legen. Nun, was die nationalliberale Partei anbetrifft, so wird sie sicherlich gern darauf verzichten, unter solchen Bedingungen vom Zentrum unterstützt zu werden.

Berlin, 31. Januar. Zum Selbstmord des Landrats v. Willig schreibt das „Vol. Tgl.“ in seinem Leitartikel vom 29. Januar:

„Es muß einmal offen ausgesprochen werden, daß sich ein Landratsamt in die Reihen der Landwirte einträgt. Leute, die mit Hilfe der Anstaltskommissionen ernten wollen, ohne gesät zu haben. Major a. D. Endell mag einen eifrigen Handel geschlossen haben, ob er sein verführtes Gut an die Anstaltskommission veräußerte, er mag auch im besten Glauben gewesen sein, als er für sich Durchsicht aus lassen erlaubte, die er selbst vernachlässigt. Doch sein Verfahren die Kritik herausforderte, wird er jetzt selbst zum in Anrede stellen können, und ob im vorliegenden Falle die Pistole das geeignete Mittel war, Bemänglungen zu widerlegen und die Landwirte seines Verhaltens zu erheitern, kann dahingestellt bleiben. Kuffellos und bedauerlich bleibt es, daß in einem Falle wie dem hier erörterten die Staatsanwaltschaft das bereits eingeleitete Strafverfahren gegen Herrn Endell eingestellt hat, anstatt die Angelegenheit dem Spruche des Reichs zu unterbreiten und Herrn Endell Gelegenheit zu geben, in öffentlicher Verhandlung sein Recht zu wahren. Denn die Wege der Ehrengereichte in Preußen sind dunkel und ungewissen wunderbar. Landrat v. Willig war einer der Vorbesten im Kampfe gegen Leute, die da ernten wollten, ohne gesät zu haben. Er ist gefallen als ein Opfer dieses Kampfes, gleichviel, ob sein Kuffel gegen Endell berechtigt war oder auch entschuldbarer Irrtum entsprang. Und dem Vernehmen nach ist er auf gemeine Weise zur Strecke gebracht worden. Es gab außer ihm noch viele anhängige Leute, die an dem Ausreden des Herrn Endell Anstoß genommen haben. Unter anderen wird Herr v. Tiedemann-Schreim genannt als beruhter, der Herrn v. Willig zum Vorzug bestimmt und den Herr v. Willig alsdann geteilt hat. Die Herren, die den Landrat in entscheidenden Momenten im Stich gelassen hat, ist der Rektor Keller, früher in Wittenberg. Denn da v. Willig als Beamter Wittenberg trat, persönlich in das unterirdische Kampfgebiet hinabstiegen, übergab er das ihm von seinen Berufsgenossen zur Verfügung gestellte Material an Herrn Keller, der sich erboten hatte, alle Verantwortung für die Berufung des Landrats zu übernehmen. Keller tat dies auch anfänglich sehr öffentliche Erklärung. Als aber die Angelegenheit kritisch wurde, unterließ er seine Antipathie und überließ sich in unüberdachten Handlungen, die seinerzeit in der Presse wiederzugeben worden sind. Nun verflümmelt aber auch die Hintermänner des Landrats und Herr v. Willig hand allein im Gefolge. Wahrscheinlich ist es allerdings, daß er im Vertrauen auf Keller und auf jene kühnen Hintermänner anfänglich die Verantwortung für die gegen Endell gerichteten Zeitungartikel abgelegt hat. Und dies war die Schlinge, mit der er gefangen und ertränkt wurde. Nachdem das Verfahren gegen Endell den bekannten, eigenartigen Verlauf genommen hatte, hatte der Landrat die ganze Rechte der Postgradier über sich. Man beilegte ihm auf die schändlichste Weise, so bei einem öffentlichen Festessen im Herbst vorigen Jahres, und später, etwa 8 Tage vor seinem Tode, auf dem Festessen des Johanniterordens in Posen. Es ist ein eigenartiger Irrtum des „Reichsbote“, wenn er in Anrede stellt, daß Herr v. Willig auch nach Bekanntwerden der Angelegenheit Endell vom Kaiser in hervorragender Weise geehrt worden sei, und sogar behauptet, das Gegenteil sei der Fall. Den ganzen Hitt und Eingang des Kaisers in Referat hat v. Willig an der Seite des Kaisers mitgemacht, nachdem er gerade mit Auszeichnung behandelt worden war. Auch die Ernennung zum Kammerherrn ist doch wohl nicht das Gegenteil einer Ehre. Und da es endlich richtig ist, daß v. Willig noch kurz vor seinem Tode für den Posten eines Gesundheitsratsherrn in Aussicht genommen war, so ist dies schwer vorstellbar mit der Behauptung, daß es sich um einen notariell geschlossenen Mann gehandelt habe, für den es unter den Ehrenmännern der Provinz keinen Namen mehr gab.“

Mit dieser Darstellung, die von jedem Kenner der vörsener Verhältnisse als sehr glaubwürdig taxiert werden wird, auch wegen des eigentümlichen Verhaltens verführbarer Personen, steht der Wacker in Übereinstimmung, zu dem der „Reichsbote“ sich jetzt veranlaßt sieht. Dem Wacker, das den Kuffeln erregenden Artikel über den verstorbenen Landrat gebracht hatte, wird jetzt mitgeteilt, daß die ihm von „vertrauenswürdig“ Seite zugegangene Darstellung unrichtig ist. Herr v. Willig sollte Kritik gegen Major Endell in die Zeitungen ge-

Anzeigen-Preis
Die 6spaltige Zeile 25 M.
Kleinanzeigen unter dem Rubrikationszeichen (Anzeigen) 75 M., bei den Familienanzeigen (Anzeigen) 60 M.
Tabelle für die Anzeigen entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Übertragungen 10 M. (je d. Wort).

Annahmefrist für Anzeigen:
Kleinanzeigen: Sonntags 10 Uhr.
Kleinanzeigen: Sonntags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von G. Poly in Leipzig.

bracht und es dann abgelehnt haben. Das sei der eigentliche Grund zu dem Selbstmord gewesen, nachdem auch noch sein Bruder ihm anlagt habe, es bleibe ihm nur noch die Regel übrig. Herr v. Willig habe aber überhaupt keine Kritik gegen Endell geschrieben, habe dieselben also auch nicht abgelehnt. Der „Reichsbote“ sagt hierzu:

„Wir stehen der Gasse völlig objektiv gegenüber und nehmen von dieser Berichtigung um so lieber Notiz, als sie, wenn sie sich bestätigt, einen Neben von Eber eines Mannes, der uns als ein Ehrenmann geliebt wird, hinwegnimmt. Als nachschreiblicher Grund des Selbstmordes wird uns die im Kampfe mit der Agitation des Bundes der Landwirte gefühlte Notwendigkeit des ehernen Neben Mannes angegeben, die es veranlaßt habe, daß er sich durch die von höherer amtlicher Stelle ihm gemachte Zumutung, dem Kaisergeburtstagsessen diesmal nicht, wie bisher, zu präsidieren, und um den Gegnern keinen Anlaß zu der von ihnen angebotenen Demonstration zu geben, schwer gekränkt gefühlt habe.“

Der wieder „Reichsbote“ scheint sehr milde über seine eigenen Tünden zu denken. Andere Leute werden darüber anderer Meinung sein. — Der „Kreuzzeitung“ berichtet aus Wittenberg, daß der Tod des Landrats die Gemüter tief erregt habe. Bei der Kaisergeburtstagsfeier habe man den Agrarier zugewinkt: „Nun mit denen, die ihn in den Tod getrieben haben!“ Der Hauptgegner von Willig, Herr von Unruh, habe die Fete nach einiger Zeit verlassen.

Berlin, 31. Januar. (Telegramm.) Heute morgen unternahm der Kaiser und die Kaiserin einen Spaziergang im Tiergarten; der Kaiser sprach sofort beim Reichsfinanzminister von und über die von ihm abgeleitete Generalinspektion der Festungen Generalleutnant Wagner, des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Ministers und des Oberst des Marine-Kabinetts. Am 12. Uhr nahm der Kaiser die Weisung des Generalleutnants Ritter Heintzel v. Oigenheim und des mit der Führung des IV. Corps beauftragten Generalleutnants v. Oigenheim, sowie sonstige militärische Weisungen entgegen. Zur Frühstückstisch waren geladen Prinz und Prinzessin Heinrich, Prinz und Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Engen, Prinzessin Feodor zu Schleswig-Holstein. Zur Abendstisch diesem Gesellschaften und Prinz Volkmar zu Schaumburg-Engen. Bei der Kaiserin fanden heute Mittag Empfänge statt.

Berlin, 31. Januar. (Privattelegramm.) Der Ausschuss der nationalliberalen Partei war heute vormittag im Abgeordnetenhause zusammengetreten, um die Tagesordnung für die Sitzung des Zentralverbandes vorzubereiten. Der Zentralverband wird am Sonntag (1. Februar) vormittag im Reichstagsgebäude. An die Stelle des bisherigen General-Sekretärs der Gesamtpartei Vagitz, der ein Reichstagsmandat sich erringen will, ist der frühere Geschäftsführer der Nationalliberalen im Reichreich Sachsen, Breitwast, getreten. („Nat.-Tgl.“)

Berlin, 31. Januar. (Privattelegramm.) Die „Nat.-Tgl.“ hält trotz der Demission der „Korb. Wg. Tgl.“ ihre Behauptung von der Einwirkung des Landwirtschaftsministers v. Vobbekei auf die Wählerng des ehrengegründeten Urteils bezüglich des Majors a. D. Endell aufrecht und schreibt:

„Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat Herr v. Vobbekei selbst durch Äußerungen zu bekunden, extreme Aggressionen sich das Verdien an der Wählerng des ehrengegründeten Urteils zugeschrieben. Wir hoffen, daß Herr v. Vobbekei in dieser Beziehung von seinem Wohlwollen nicht etwa im Stich gelassen wird, wie hinsichtlich des „Kreuzzeitung“. Es ist lediglich inohren ein Mißverständnis vorgekommen, als man Herrn v. Vobbekei Äußerungen in angesetzt hatte, als ob er den einen Interim des Keller in der Angelegenheit gebilligten Vortrag gesprochen hätte. Es gab selbstverständlich auch andere Mittel zu dem erwähnten Zweck.“

Nach Angabe einiger Wähler soll als Gegenbeispiel für den Besuch des kaiserlichen Kronprinzen in Berlin zum 5. April, das heißt zum 5. Geburtstag des Königs Carl, das Eintreffen der Prinzessin Feodor in der Spitze eines deutschen Geschwaders in Kopenhagen bereits angenommen sein.

Aus Wien wird der „Allg. Tgl.“ gemeldet: Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages habe sich an den Abgeordneten Dörsing mit dem Entschlossenem, ihr die Ähren der Prinzessin Luise von Koburg zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion beabsichtigt, die Äffäre der Prinzessin im Reichstags-Sprache zu bringen.

Der Korrespondent der „Germania“ sagt am Schluß eines Berichtes über die Wächener Zentralsammlung:

„Bei aller Gegnerschaft gegen das Ministerium trotz dem man in echter, allernährter und unerschütterlicher Überzeugung nicht unversöhnlichen Regenten, und aus laudenden von künftigen Rechen würde am Schluß der Versammlung das Hoch auf den Regenten und des angestammten Kaisers Willig.“

Wien, 31. Januar. (Telegramm.) Bei der Reichstagswahlwahl wurden nach den neueren Feststellungen gemäß für Spethmann (Frei. Tgl.) 4985, für Hoffmann (Tgl.) 4199, v. Reventlow (Frei. Tgl.) 3338, Danjen (nat.) 2820, Professor Lehmann-Döhring